
Berliner Debatte Initial

3

22. Jg. 2011

Sozial & ökologisch

Witzke

Wirtschafts-
steuerung

Schreiber-Martens

Organisation
knapper Güter

Thie

Gleichheit, Planung,
Tempo

Terpe,
Köppen

Empathie in der
Arbeitswelt

Strawe,
Benedikter

Die Zukunft der
Finanzkulturen

Sozial & ökologisch

– Zusammengestellt von Rainer Land und Erhard Crome –

| | | | |
|---|----|--|-----|
| Editorial | 2 | EMPATHIE IN DER ARBEITSWELT | |
| SOZIAL & ÖKOLOGISCH | | <i>Sylvia Terpe, Eva Köppen</i> | |
| <i>Rainer Land, Nikolaus Kowall, Leonhard Dobusch</i> | | Empathie in der Arbeitswelt. | 66 |
| Mit Linksreformismus aus der Krise? Einleitung und Konferenzbericht | 5 | <i>Sylvia Terpe</i> | |
| <i>Wilhelm Brüggem</i> | | Empathie im Amtsvollzug: Arbeitsvermittler zwischen Unterstützung und Kontrolle | 76 |
| Ökologischer New Deal – Ein Projekt aus den 1980er und 1990er Jahren | 9 | <i>Eva Köppen</i> | |
| <i>Ulrich Schachtschneider</i> | | Empathie in Internetagenturen: Eine Win-win-Situation für Unternehmen und Mitarbeiter? | 89 |
| Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit. Ein ökologisches Grundeinkommen als anschlussfähiges sozial-ökologisches Reformprojekt | 12 | * * * | |
| <i>Alwine Schreiber-Martens</i> | | Die Zukunft der Finanzkulturen des 21. Jahrhunderts. | |
| Vorschläge für eine Krisen-Wende: Die Organisation knapper Güter | 23 | Gespräch zwischen <i>Christoph Strawe</i> und <i>Roland Benedikter</i> | 103 |
| <i>Rudolf Witzke</i> | | <i>Annette Freyberg-Inan, Mihai Varga</i> | |
| Vom Scheitern der Wirtschaftssteuerung – und ihrer Unentbehrlichkeit | 36 | Ungarn seit der Wahl – Demokratie unter Druck | 120 |
| <i>Hans Thie</i> | | BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN | |
| Gleichheit, Planung, Tempo. Der grüne Umbau kann nur als gesellschaftlicher Umbau gelingen | 47 | <i>Ulrich Busch</i> | |
| <i>Rainer Land</i> | | Die neue Ambivalenz von Kapitalismus und Geld | 127 |
| Ökologische Wirtschaftsentwicklung und soziale Teilhabe | 58 | | |

- | | | | |
|---|-----|--|-----|
| <p>Gary Herrigel: Manufacturing Possibilities. Creative Action and Industrial Recomposition in the United States, Germany, and Japan Rezensiert von <i>Martin Krzywdzinski</i></p> | 137 | <p>Hans-Jörg Sandkühler (Hg.): Enzyklopädie Philosophie, zweite, überarbeitete und erweiterte Ausgabe 2010 Rezensiert von <i>Mariele Nientied</i></p> | 150 |
| <p>Eli Rubin: Synthetic Socialism: Plastics and Dictatorship in the German Democratic Republic Rezensiert von <i>Robert Stock</i></p> | 141 | <p>Frank Ruda: Hegels Pöbel. Eine Untersuchung der „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ Rezensiert von <i>Olaf Briese</i></p> | 156 |
| <p>Peter Krause, Ilona Ostner (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010 Rezensiert von <i>Raj Kollmorgen</i></p> | 143 | <p>Silke van Dyk, Alexandra Schauer: „...daß die offizielle Soziologie versagt hat“. Soziologie im Nationalsozialismus Rezensiert von <i>Michael Eckardt</i></p> | 158 |
| <p>Eva Bettina Görtz (Hg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1912–1932) Besprochen von <i>Wladislaw Hedeler</i></p> | 148 | | |

Editorial

Der Begriff „Reformismus“ geht ursprünglich auf eine Kontroverse in der frühen sozialistischen Bewegung um den angemessenen Weg zu einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung zurück. Als Begründer des theoretischen Reformismus in Deutschland und Österreich gilt Eduard Bernstein, der, namentlich in seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (Stuttgart 1899), die revolutionäre Strategie des Marxismus verwarf und dafür plädierte, gesellschaftliche Veränderungen in Richtung der Reduzierung sozialer Ungleichheit und der Mehrung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten für die abhängig Beschäftigten ausschließlich auf evolutionärem Wege, d.h. durch Reformen, anzustreben. In den folgenden Jahrzehnten setzte sich diese Position in der deutschen Sozialdemokratie bekanntlich als deren dominante Gesellschaftsstrategie durch. Reformen waren dabei stets als politische Maßnahmen gedacht, die erstens auf *grundsätzliche* Veränderungen in der Funktionsweise gesellschaftlicher Teilbereiche bzw. Politikfelder zielen und zweitens *progressive* Entwicklungen im o.g. Sinne befördern sollen. Spätestens seit den 1990er Jahren ist diese spezifische Bedeutung des Reformbegriffs im öffentlichen politischen Sprachgebrauch weitgehend verloren gegangen. „Reform“ wird seitdem vornehmlich mit marktliberalen Deregulierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen konnotiert, für welche die o.g. reformpolitischen Ziele eher irrelevant sind. Vielmehr wird bei solchen Strategien die Zunahme von Ungleichheiten sowie zum Teil auch die Aushöhlung der Demokratie zumindest in Kauf genom-

men. Zudem hat ein inflationärer Gebrauch des Begriffs insofern eingesetzt, als nunmehr auch kleinteilige Gesetzesänderungen, etwa die Anhebung oder Absenkung eines Steuersatzes, zu einer „Reform“ stilisiert werden.

Die Initiatoren des Heftschwerpunktes und des ihm zugrunde liegenden Tagungsprojekts, das im einleitenden Beitrag von *Leonhard Dobusch, Nikolaus Kowall* und *Rainer Land* näher vorgestellt wird, versuchen in ihrem Bestreben, strategische Ansätze für die Bearbeitung der gegenwärtigen und absehbaren Krisen der modernen Gesellschaft zu entwerfen, dem ursprünglichen Reformverständnis insofern wieder Geltung zu verschaffen, als sie die Notwendigkeit eines grundsätzlichen und progressiven Charakters konstruktiver Reformpolitik begründen. Sie setzen sich damit nicht nur von der skizzierten Umdeutung des Reformbegriffs ab. Zugleich sind sie ob ihres Versuchs, kapitalistische Moderne und Reformismus auch unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen zusammenzudenken, Anfeindungen fundamentalistischer Kritiker ausgesetzt, deren Zeit seit 20 Jahren abgelaufen schien. Mit ihrer Entscheidung, ausgewählte Texte der Tagung zu publizieren, unterstützt die Redaktion das Anliegen der Initiatoren, einen Diskurs über solche Reformstrategien über parteipolitische Grenzen hinweg zu organisieren und für Intellektuelle zu öffnen, die den betreffenden Parteien eher distanziert gegenüber stehen.

Der Nebenschwerpunkt dieses Heftes ist einem relativ jungen Forschungsfeld gewidmet, das im Schnittpunkt von arbeits- und emotionsso-

ziologischen Fragestellungen angesiedelt ist: Welche Rolle spielt Empathie – die zugewandte Einfühlung in Mitarbeiter, Vorgesetzte oder Kunden – in der zeitgenössischen, „post-bürokratischen“ Arbeitswelt? Wir präsentieren drei Beiträge, von denen der erste in das Forschungsfeld einführt, indem er aktuelle Diskurse rekonstruiert und Fragen für empirische Forschung skizziert. Anschließend zeigt *Sylvia Terpe*, welche Strategien der Empathie die Bundesagentur für Arbeit ihren Arbeitsvermittlern ansinnt, wie Arbeitsvermittler mit diesen Anforderungen umgehen und welche Ambivalenzen im Umgang mit den Klienten hieraus resultieren. *Eva Köppen* untersucht, wie Mitarbeiter von Internetagenturen eine Unternehmenskultur deuten, die auf Empathie setzt und diese auch einfordert, und wie sie diese Erwartungen in ihrer eigenen Berufspraxis umzusetzen versuchen. Sie arbeitet zwei unterschiedliche Orientierungsmuster heraus, die auf die Funktionalität, aber auch auf den Doppelcharakter von Empathie in der Arbeits-

welt – zwischen verständnisvollem Umgang und Instrumentalisierung – verweisen.

In einem Interview, das *Christoph Strawe* mit *Roland Benedikter* führte und das wir hier im vollen Wortlaut abdrucken, geht es um die Zukunft der Finanzkulturen im 21. Jahrhundert. Ausgehend von den Verwerfungen, die durch die Finanzkrise 2007/2010 hervorgerufen wurden, entwirft Benedikter das Gegenbild eines künftig möglichen „finanziellen Humanismus“. Dazu gehört, dass sich die US-amerikanische, ganz auf Schulden und Verschuldung aufgebaute Finanzkultur und die kontinental-europäische, auf Geldvermögen und Sparen beruhende Kultur, gegenseitig ergänzen und annähern. Eine stärkere Komplementarität der Geld- und Finanzkulturen in der Zukunft wäre ein Beitrag zur Überwindung der Krise und zur Herbeiführung größerer Stabilität in der Zukunft.

Jan Wielgoß

Rainer Land

Ökologische Wirtschaftsentwicklung und soziale Teilhabe

Die Umstellung der globalen Energiesysteme auf erneuerbare Energien innerhalb der nächsten 50 Jahre ist sicher die größte sozialökonomische Herausforderung dieses Jahrhunderts. Davon wird auch abhängen, ob es gelingt, Wohlfahrtsstaaten auf einer *neuen* wirtschaftlichen Grundlage wiederherzustellen und weiter zu entwickeln – oder ob sie durch ökologische Krisen, den Sozialabbau und Finanzmarktkrisen weiter erodieren.

Bei der Energiewende geht es nicht nur um eine partielle Anpassung der (alten) Industrie an neue Umweltgegebenheiten, sondern um eine weitreichende *sozialökonomische Transformation*, die Herausbildung eines *neuen Typs wirtschaftlicher Entwicklung*, eine andere Art der Industrie – man könnte auch sagen, eine andere Produktionsweise, einen neuen Typ der Naturverhältnisse und der Produktivkräfte.

Die ökologischen Grenzen der fordistischen Massenproduktion

Der nach dem 2. Weltkrieg in den USA und den entwickelten Industrieländern entstandene Typ wirtschaftlicher Entwicklung beruhte auf der Kombination der *fordistischen Massenproduktion* mit der *produktivitätsorientierten Lohnpolitik*: sie ermöglichte die sozialstaatlichen Transfers und die sozialen und kulturellen Leistungen des Staates, sie war die Grundlage der Wohlfahrtsstaaten (vgl. Busch, Land 2009). Die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Massenproduktion war die entscheidende Quelle proportional steigender Arbeitnehmer-einkommen und Sozialleistungen – bei ebenso

proportional steigenden Kapitaleinkommen und Investitionsvolumina. Dabei stieg die Ressourceneffizienz (der Einsatz von Energie, Rohstoffen und Emissionen pro Einheit des Sozialprodukts) bis in die 1980er Jahre kaum.

Arbeitsproduktivität, Bruttoinlandsprodukt und Einkommen stiegen in der BRD (1950 bis 1990) preisbereinigt um etwa 500 Prozent, die Energieeffizienz als die wichtigste Komponente der Ressourceneffizienz um nicht einmal 100 Prozent. (Busch, Land 2009a:25, Land (2009a:6). Daher wurde immer mehr „Natur“ (stofflich) verbraucht. Zwangsläufig musste diese extensive Art der Nutzung von Naturressourcen lokal wie global auf Tragfähigkeitsgrenzen stoßen. Die Erschließung neuer Rohstoffreservoirs wurde immer teurer, was sich wirtschaftlich in negativen Skaleneffekten niederschlug. Spürbar wurden diese in den 1970er Jahren – an den Ölkrisen, der Verteuerung der Energie- und Rohstoffpreise, den zunehmenden Umweltproblemen und der entstehenden Umweltbewegung. Zwar wurden einige der Umweltprobleme angegangen – vor allem aber lokal begrenzte wie Flussverschmutzungen und Versauerungsgase und lokale Luftverschmutzung. Zu einer grundsätzlichen ökologischen Neuorientierung der Innovationsprozesse und der wirtschaftlichen Entwicklung kam es nicht.

Die Kosten und Risiken der Umweltnutzung stiegen seit über 30 Jahren, und zwar tendenziell schneller als die Sozialprodukte – und dieser Anstieg der Kosten ist ungebrochen und trägt mit zur Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Produktivitätswachstums und zur Senkung der Wachstumsraten bei. Die Grenzen des fordistischen Typs wirtschaftlicher Entwicklung

werden seit den 1970er Jahren erkennbar. Dieser Reproduktionstyp funktionierte nur mit hohen Wachstumsraten der Massenproduktion, aber die dafür erforderlichen Zuwächse an Rohstoffen, Primärenergie, Emissionen und Abprodukten stoßen an unüberwindbare Grenzen der Tragfähigkeit der Ökosysteme.

Die globale Krise der Reproduktion der Naturverhältnisse wirkt direkt über Kostensteigerungen, Effizienzverluste und Unsicherheit auf die Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung, noch größer aber scheinen die indirekten Wirkungen, die ihre Ursache in den Reaktionen der großen wirtschaftlichen Interessengruppen haben. Die Reaktionen auf die zunehmenden Energie-, Rohstoff- und Umweltprobleme waren nämlich in der Regel nicht darauf gerichtet, die ökologischen Probleme der Massenproduktion durch eine langfristige Strategie des Umbaus der fordistischen Produktionsweise zu lösen. Nur wenige haben schon in der 1970er Jahren erkannt, wie grundlegend und weitreichend die Veränderungen sein müssten (vgl. den Bericht des Club of Rome: Meadows u.a. 1973). Die überwiegenden Reaktionen waren nicht darauf gerichtet, eine andere (umweltkompatible) Rohstoff- und Energiebasis und eine von Emissionen und Abprodukten freie neue Industrie aufzubauen – diese grundlegende Einsicht ist ja bis heute noch kein gesellschaftspolitischer Konsens. Die Reaktionen gingen in drei Richtungen. Erstens versuchte man, die alte traditionelle Rohstoff- und Energiebasis zu sichern, indem man Druck auf die Ölstaaten ausübte, notfalls auch Kriege um Öl und Rohstoffquellen führte, das Welthandelssystem auf die Sicherung der Überlegenheit der Industrieländer über die Rohstoff-exportierenden Länder orientierte, Diktatoren stützte usw.

Zweitens wurde das fordistische Welthandelssystem¹ sukzessive suspendiert und durch weitgehend deregulierte Interaktionen von *Wettbewerbsstaaten* (global und in der EU) ersetzt. Wettbewerbsstaaten versuchen, Ihre Marktanteile durch relativ zu anderen sinkende Lohnstückkosten, Deregulierung, niedrige Sozial- und Umweltkosten und unternehmensfreundliche Steuergestaltung zu vergrößern – uns zwar auf Kosten anderer

Marktteilnehmer. Bei diesem System gewinnen zwar einige auf Kosten anderer, aber die Weltwirtschaft insgesamt verliert. Die ökologischen Probleme werden nicht gelöst, sondern auf andere abgewälzt. Spätestens die Eurokrise zeigt, dass diese Strategie nicht nur die Lösung der globalen Umweltprobleme verhindert hat, sondern das Welthandels- und Weltwährungssystem in die tiefste Krise seit dem 2. Weltkrieg gestürzt hat. Heute steht die europäische wirtschaftliche Integration vor dem Scherbenhaufen einer auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Lohndumping und Exportüberschüsse gerichteten irrwitzigen Wirtschaftspolitik.

Drittens versuchte man die Verluste aus den negativen Skaleneffekten zurückbleibender bzw. sinkender Ressourcenproduktivität durch Umverteilung zu Lasten der Masseneinkommen, insbesondere der Arbeitnehmerlöhne, der Transfereinkommen und der Sozialausgaben zu kompensieren. Der kumulierte Rückstand der Löhne zur Produktivität seit der 1990er Jahren beträgt in Deutschland rund 25 Prozent; dementsprechend stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Dieser Trend galt mehr oder weniger für alle entwickelten Industrieländer, wenn auch nicht ganz so extrem (Busch, Land 2009 a und b). Manche feiern die Stagnation der Masseneinkommen unter der Überschrift *Postwachstumsgesellschaft*. Mit Genügsamkeit und *Suffizienz* aber hat dies wenig zu tun. In Wirklichkeit hat die Stagnation der Masseneinkommen auch ökologisch verheerende Konsequenzen, weil sie den qualitativen Wandel der Konsumtionsweise, der Investitionen in neue, qualitativ hochwertige, rohstoff- und energieeffiziente Konsumgüter verzögert, zu einer wahren Orgie umweltschädlicher Billigprodukte geführt hat, also auf Kostensenkung statt auf ökologisch neue Qualität orientierte. Also auch hier eine Strategie der Kostensenkung und der Umverteilung ohne qualitativen Wandel der Konsummuster und der Innovationsstrategie für Konsumgüter.

Viertens ist auch die Deregulierung der Finanzmärkte, auf die hier ohne detaillierte Darstellung hingewiesen werden soll, darauf aus, die sinkenden Gewinne realwirtschaftlicher

Investitionen durch Gewinne in Wettspielen zu kompensieren. Jedenfalls hat die Deregulierung der Finanzmärkte wenig bis nichts mit einer besseren Allokation von finanziellen Ressourcen für sinnvolle Investitionsstrategien zu tun. Vielmehr behindern die extremen Schwankungen der Kurse für Energie, Rohstoffe, Lebensmittel und Aktien die Herausbildung langfristig angelegter Innovations- und Investitionsstrategien.

Die Suspendierung der produktivitätsorientierten Lohnentwicklung, Lohnzurückhaltung, Sozialabbau, Standortwettbewerb und Umverteilung zu Lasten der Masseneinkommen waren und sind die *falsche* Reaktion auf die ökologischen Probleme des Wohlfahrtskapitalismus der 1950er bis 1970er Jahre. Auch die Veränderung des Globalisierungsmodus in den 1980er und 1990er Jahren – der Übergang von einem Welthandelssystem der komparativen Vorteile bei stark regulierten internationalen Finanzmärkten zu einem System der Wettbewerbsstaaten und der Konkurrenz um Standortvorteile – muss man als destruktive Reaktion auf die Grenzen des fordistischen Wachstumstyps verstehen, als Fehlentwicklung. Wettbewerb, wenn institutionell richtig eingebettet, ist in der Regel ein geeignetes Verfahren, um Innovationen, Produkte, Methoden der Kostensenkung und der Effizienzsteigerung zu selektieren bzw. die dafür erforderlichen Ressourcenallokationen vorzunehmen. Wettbewerb zwischen Standorten oder gar zwischen Volkswirtschaften bzw. Staaten (mittels Steuervorteilen, Lohndumping², Kostensenkung durch geringere oder fehlende Umwelt- und Sozialstandards u. ä.) ist dagegen kontraproduktiv, weil er Vorteile für Gewinner durch Nachteile für die Verlierer erreicht – also im Kern keine wirtschaftliche Entwicklung, sondern bloß Umverteilung zur Folge hat – ganz anders als bei einem Wettbewerb um Innovationen und komparative Vorteile. Die Weltwirtschaft unter den Bedingungen der Liberalisierung, der Wettbewerbsstaaten und des Finanzmarktkapitalismus führt nicht zu progressiven Entwicklungen, die die globalen Krisen des fordistischen Kapitalismus schrittweise überwinden könnten, sie kompensiert lediglich deren negative Effekte für den einen

Teil der Weltmarktteilnehmer auf Kosten der anderen und der Allgemeinheit.

Die einzig Erfolg versprechende Art der Reaktion auf die Grenzen des fordistischen Typs wirtschaftlicher Entwicklung wäre eine *Effizienzrevolution* (Lovins u.a. 1995) gewesen, mit der ein neues Reservoir für Innovationen und nachhaltige, umweltverträgliche Produktivitätssteigerungen erschlossen worden wäre und mit dem der Wohlfahrtsstaat hätte erhalten und weiterentwickelt werden können. Und um diese Lösung geht es in gewisser Weise auch heute noch. Die erneuerbaren Energien, wenn ihre Durchsetzung global gelänge, wären der erste große und der entscheidende Schritt zu einem *neuen Typ wirtschaftlicher Entwicklung*, einer anderen Art von Industrie und einem neuen gesellschaftlichen Naturverhältnis.

Umweltkonsistenz (Huber 2000) bzw. Umweltkompatibilität würde zur Basis eines neuen *gesellschaftlichen Naturverhältnisses*, zu dem zentralen Selektionskriterium für Innovationen werden müssen. Die Erhaltung der Natur und der natürlichen Ressourcen wird Bestandteil des Innovationsprozesses und der Produktion.

Das *Innovationsreservoir* der Zukunft ist nicht mehr zuerst die Massenproduktion (Economies of Scale), sondern *Umweltkompatibilität* und *Ressourceneffizienz*. (Die Umweltkompatibilität aller einzelnen Innovationen würden die Grundlage der steigenden Ressourceneffizienz des Systems werden, des Reproduktionssystems insgesamt).

Die *Dynamik* wirtschaftlicher Entwicklung wird nicht mehr dominant durch das Tempo der Steigerung der Arbeitsproduktivität bestimmt (obwohl diese wichtig bleibt), sondern an erster Stelle durch das Tempo der Steigerung der Ressourceneffizienz. Die *Ressourceneffizienz muss deutlich schneller steigen als Produktion und Verbrauch*, auch bei wachsender Weltbevölkerung.

Mit dieser veränderten Art der industriellen Naturaneignung werden sich auch die *Maßstäbe für Wirtschaftlichkeit verändern*: Wirtschaftlich kann auf die Dauer nur sein, was keine Naturressourcen verbraucht bzw. genutzte Naturressourcen reproduziert. Erneuerbarkeit muss also nicht nur Prinzip der Energienutzung werden, es muss letztlich für alle Rohstoffe

und alle Abprodukte und Emissionen gelten. Stoffstrommanagement wird zur Voraussetzung von Wirtschaftlichkeit werden.

Praktisch hat der Übergang zu einem anderen Typ der Naturaneignung, die Entwicklung eines neuen umweltkompatiblen Typs von Industrie noch nicht wirklich begonnen. Bei den meisten seit den 1970er Jahren entstandenen Umweltstrategien handelt es sich um Reparatur, Anpassung oder bestenfalls um lokale oder begrenzte Probleme. Erst mit dem Klimawandel beginnt eine erste – allerdings unzureichende – globale Umorientierung der Innovationsstrategien im Bereich der erneuerbaren Energien. Auch wenn die entscheidenden Technologien in den entwickelten Industrieländern entstanden sind – für die globalen Trends ist vor allem der Strategiewechsel solcher Länder wie China, Indien und Brasilien von Bedeutung. Zwar dominieren auch dort die alten fossilen Energien und die Atomkraft, aber parallel hat ein anschwellender Investitionsboom in Erneuerbare Energien begonnen. Zunehmend wird erkennbar, dass der Pfad der nachholenden Modernisierung nicht über den Nachvollzug der Technologiegeschichte der entwickelten Länder erfolgen kann, sondern auf den Aufbau einer postfossilen Energiewirtschaft hinauslaufen könnte, der vielleicht in einer anschließenden zweiten Welle die Entstehung einer neuen umweltkompatiblen Industrie in eben diesen Ländern folgen könnte. Der Grund ist simpel: auf den alten Pfaden der fordistischen Massenproduktion ist keine nachholende Entwicklung mehr möglich. Entweder Industrialisierung auf einem anderen, umweltkompatiblen Entwicklungspfad oder keine Industrialisierung. Neben den wohlstandsbasierten ökologischen Produktions- und Konsumstrategien der reichen Länder entsteht derzeit vielleicht noch eine andere ökologische Umbaustrategie, deren Logik aus der nachholenden Industrialisierung folgt, einer nachholenden Industrialisierung unter den Bedingungen weltweit bereits erreichter bzw. überschrittener Tragfähigkeitsgrenzen für Naturressourcen.

Ein neues Naturverhältnis erfordert ein verändertes Modell der Innovations- und Investitionsregulation

Mit der „4. Revolution“, dem Aufbau einer umweltkompatiblen Industrie, werden sich auch die Muster sozialer Teilhabe verändern müssen. Einer auf Umweltkompatibilität ausgerichteten Industrieentwicklung könnte ein Teilhabemodell nicht mehr entsprechen, dessen Zentrum wachsender Massenkonsum durch mit der Produktivität steigende Löhne und Transfereinkommen darstellt. Zudem sind die standardisierten Teilhabemuster der 1960er Jahre inzwischen kulturell wie lebensweltlich überlebt – sie kollidieren mit der Orientierung auf Teilhabe als Freiheit zu individueller Entwicklung und Selbstbestimmung (Land 2010a, Busch, Land 2009). Eine bloße Wiederherstellung des alten Wohlfahrtsstaates ist ausgeschlossen – und zwar sowohl aus ökologischen als auch aus lebensweltlich-kulturellen Gründen. Dies gilt auch, wenn es aktuell richtig ist, einen Ausgleich der wachsenden Ungleichheit durch Umverteilung zu fordern und staatlich finanzierte Maßnahmen gegen die Perspektivlosigkeit der „Überflüssigen“ zu verlangen.

Volkswirtschaftlich ist dabei allerdings ein Widerspruch zu lösen – und wir wissen noch nicht, wie eine mögliche und zugleich sinnvolle Antwort aussehen könnte. Erst eine Lohnregulation, bei der die Löhne im Maße der (Arbeits-)Produktivität steigen, ermöglichte eine halbwegs stabile welt- und volkswirtschaftliche Entwicklung, während das Zurückbleiben der Löhne hinter der Produktivität – wie u. a. schon von Rosa Luxemburg nachgewiesen – zu Überakkumulation, Kolonialismus und Krieg führen – und zu der Serie von Finanzmarktkrisen, mit denen wir es seit den 1990er Jahren zu tun haben, also seitdem die Lohnneinkommen wieder dramatisch hinter der Produktivität zurückbleiben. An die Produktivität gebundene Lohnsteigerungen sind also eine volkswirtschaftliche Stabilitätsanforderung. Der Unterschied zu fordistischer Lohnregulation wäre zunächst nur, dass ein komplexerer Produktivitätsbegriff zu Grunde gelegt werden müsste, eben nicht nur

die Arbeits-, sondern auch die Ressourcenproduktivität. Trotzdem wären mit der Arbeits- und der Ressourcenproduktivität steigende Masseneinkommen notwendig, um auch eine volkswirtschaftlich stabile Kapitalverwertung (also die Rentabilität realwirtschaftlicher Investitionen) zu regulieren. Andererseits ist global gesehen aus ökologischen Gründen eine Rückkehr zu Kopplung von Produktivität, Masseneinkommen und Massenkonsum in den entwickelten Ländern nicht ohne Weiteres möglich. Denn selbst wenn steigender Konsum bei sinkendem Ressourcenverbrauch erfolgt und dies durch andere Produkte und Dienstleistungen erfolgt, Massenkonsum also ökologisch unschädlich gemacht werden könnte, bleibt das Erfordernis überproportional steigender Investitionen in umweltkompatible Industrien weltweit, dabei insbesondere auch durch Kapitaltransfers in den Schwellen- und Industrieländern. Eine nur theoretisch mögliche Lösung wäre eine Lohnentwicklung unterhalb der Produktivität mit überdurchschnittlich wachsenden Kapitaleinkommen (wie wir sie seit mindestens 20 Jahren schon haben), die dann aber über Kapitalexporte zu umweltkompatiblen Industrieentwicklungen auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern führen. Diese theoretische Möglichkeit hätte aber die Kehrseite gewaltiger Vermögensungleichheiten: die neu entstehenden Industrien wären entweder im Eigentum der reichen globalen Kapitalexporthure oder sie wären mit gewaltigen Schulden verbunden, denen entsprechende Kapitalguthaben der Geldvermögensbesitzer in den reichen Ländern entsprechen. Zudem wissen wir, dass überproportional steigende Kapitaleinkommen nicht zu wachsenden Realinvestitionen führen (weder zu ökologisch progressiven noch zu ökologisch problematischen), sondern unter den gegebenen Bedingungen in die Kapitalmärkte fließen und dort zu Finanzmarktblasen und Krisen führen. Zurückbleibende Löhne und überproportional steigende Kapitaleinkommen sind aus regulationstheoretischer Sicht also kein praktikabler Weg, um überproportionale Investitionen in eine postfordistische bzw. ökokapitalistische Transformation der Industrie zu finanzieren. Dann scheint eine Regulation plausibler, die

sichert, dass die Löhne (und natürlich auch die Kapitaleinkommen) proportional mit der Produktivität steigen, diese Steigerung aber ganz oder teilweise durch steigende Steuern oder Abgaben – z.B. eine Öko-Investitionsumlage – in einen staatlichen Fonds für Investitionen in den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft fließen. Die Devise wäre dann: Mehr Brutto, aber Nettoeinkommen, die langsamer steigen als die Bruttolöhne, weil sie die steigenden Umweltkosten und Umweltinvestitionen finanzieren. Mehr Brutto, aber anteilig weniger Netto vom Brutto – das wäre das Gegenstück zur bekannten FDP-Parole „Mehr Netto vom Brutto“, die in jedem Fall in eine Sackgasse führen muss.

Ist ein großer und wachsender staatlicher Investitionsfonds für den ökologischen Umbau, der durch wachsende Steuern finanziert wird, der richtige Weg? Es wird nicht verwundern, dass ich als ehemaliger DDR-Bürger diese Lösung nicht befürworte. Am Beginn meines Wegs als Wirtschaftswissenschaftler stand die Auseinandersetzung mit den Problemen einer nicht funktionierenden Planwirtschaft. So richtig es ist, dass es *auch* einen staatlichen Investitionsfonds für den ökologischen Umbau der Industrie, noch mehr der öffentlichen Infrastruktur, für die Grundlagenforschung und der Entwicklungshilfe geben muss (er tatsächlich ist *unverzichtbar* genau für die genannten Funktionen), so ablehnend stehe ich der Idee gegenüber, dass ein staatlicher Investitionsfonds funktional und dem Volumen nach die entscheidende Komponente für Investitionen in die neu entstehende Industrie sein könnte, die ja zu einem überwiegenden Teil nicht aus staatlichen Unternehmen besteht. Ich erspare mir, das hier zu begründen (vgl. Land 2010d, 1996). Wenn die Investitionen in den Aufbau eines neuen Typs von Industrie aber zielkonform weder allein bzw. überwiegend aus *überdurchschnittlichen privaten* Kapitaleinkommen finanziert werden sollen bzw. können (Teilhabe der Bevölkerungsmehrheit wäre nicht gegeben), noch allein oder dominant über einen steuerfinanzierten staatlichen Investitionsfonds – weil beides zu dysfunktionalen Entwicklungen führte – was dann? Wir haben noch keine institutionell komplexe Antwort

auf diese Frage. Irgendwie könnte man sich vorstellen, dass wachsende Lohneinkommen nicht in wachsende Konsumtion, sondern in viele gesellschaftliche Investitionsfonds fließen, die Kollektiveigentum der Bürger sind und die insofern öffentlich, aber nicht staatlich, zumindest nicht allein oder dominant staatlich agieren. Sie würden weder den Konzernen gehören, weil diese kaum mit dem notwendigen Tempo neue Industrien aufbauen werden, um die alten abbauen zu können, noch allein den Machtkonstellationen der Staaten untergeordnet sein, aber auch nicht von der Disposition der einzelnen Verbraucherhaushalte abhängen. Wie so ein neues Modell öffentlicher nicht staatlich dominierter Investitionsfonds aussehen könnte, ist aber weitgehend unerforscht und undebattiert. M.E ist es ein Fehler vieler (nicht aller) Linker, wenn sie nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, die überwiegend mit der Verselbständigung und Verkehrung *staatlicher Macht* zu tun hatten (Beispiele sind Hitlerdeutschland und die Sowjetunion), immer noch glauben, es sei praktikabel und zielführend, wenn Politik die Wirtschaft in die neue Richtung steuert – es müsste nur die richtige Partei an der Regierung sein. Ich halte diese Sicht der Dinge für vorsintflutlich (wenn man 1989 als Jahr der Sintflut nimmt), gebe aber zu, dass die Lösung dieses Widerspruchs intellektuell wie praktisch erst noch gefunden werden muss.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Bildung von Investitionsfonds für den ökologischen Umbau der Industrie regional, überregional und global durch öffentlich-rechtlich verfasste und zivilgesellschaftlich basierte Ökokapitalgesellschaften vermittelt werden könnte. Dann würden die Investitionen in den ökologischen Umbau der Industrie, der Infrastruktur und der Konsumtionsweise nämlich von vornherein nicht als Umverteilung aus Gewinnen oder Löhnen, sondern als Kostenbestandteile erscheinen. Über solche Lösungen gibt es schon Forschungen und Überlegungen, aber auch hier sind wir intellektuell am Anfang und von praktischen Lösungen weit entfernt. Allerdings hat dieser Weg noch einen weiteren Vorteil: Für bestimmte Ressourcen mit lokalen Kreisläufen kann man regionale Ökokapitalverwertungs-

gesellschaften bilden und ihre Funktionsweise schrittweise erproben. (Vgl. Binswanger 2006, Barnes 2008. Vgl. Land 1994, 1995).

Ein neues Naturverhältnis erfordert ein verändertes Modell sozialer Teilhabe

Untersuchen wir nach der Investitionsregulation die andere Seite, das mit der Lohnregulation verbundene Modell der Teilhabe der Individuen an dieser anderen Art wirtschaftlicher Entwicklung. Der Wohlfahrtsstaat könnte vielleicht auf einer neuen industriellen Grundlage wieder hergestellt werden – aber eben nur in einer anderen, neuen Gestalt.

In der fordistischen Ökonomie der 1950er bis 1970er Jahre ging es um Teilhabe durch qualitativen und quantitativen Zuwachs mehr oder weniger standardisiertem Konsum und um mehr oder weniger standardisierte Mitbestimmungsrechte. Will man ökologische Modernisierung und soziale Teilhabe wirklich auf neue Art zusammenbringen und die für das Funktionieren einer Kapitalverwertungsökonomie essentielle produktivitätsorientierte Lohnentwicklung wiederherstellen, so müsste man soziale Teilhabe als *Umbruch*, als Revolution der Lebensweisen denken, nach einer zur ökologischen Modernisierung passenden Transformation des Sozialen fragen.

Auf den ersten Blick scheint es einfach: Nachhaltiger Konsum, andere Konsumgüter, mehr ideelle, weniger materielle Konsumtion: Bildung, Theater und Kommunikation statt viel Essen, Auto fahren und Fernreisen. So richtig dies scheint, es reicht als Antwort auf die Krise der fordistischen Wohlfahrtsökonomie wahrscheinlich nicht. Die Wiedergewinnung von Teilhabe durch Rückkehr zum Massenkonsum, nur eben ökologisch, löst das Teilhabeproblem m. E. nicht.

Teilhabe kann unter dem Paradigma einer ökologischen Modernisierung nicht in der Rückkehr zu einer standardisierten Massenkonsumtion bestehen. Darüber sind sich fast alle einig. Aber auch Askese und Genügsamkeit ist kein *universelles* Modell freier und selbst bestimmter individueller Entwicklung. Selbstbeschränkung beim Ressourcenver-

brauch muss irgendwie einhergehen mit der Freiheit zu neuen Fähigkeiten und Genüssen, Arbeits- und Lebensinhalten, die die Inhalte eines neuen, mit freier Entwicklung von Individualität verbundenen Modells sozialer Teilhabe werden könnten. Sie zu finden, zu erproben und gesellschaftlich zu verbreiten, ist ein integraler Bestandteil der ökologischen Modernisierung.

Können Teilhabe und Individualitätsentwicklung positiv korrespondieren? Diese Frage ist bislang unbeantwortet und erst die Kämpfe um Deutungen und Perspektiven der kommenden Jahre werden zeigen, ob es zu einer Neuverfassung des Sozialen kommt und worin sie bestehen könnte.

Es lohnt sich aber, schon heute die praktischen Entwicklungen auf diesem Feld zu beobachten. In der Prignitz, dem Nordwesten Brandenburgs gibt es so viel Windräder wie kaum woanders. Hier wird Strom exportiert, man erzeugt viel mehr, als in der Region verbraucht wird. Zugleich hat Brandenburg die meisten und die aktivsten Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und – wie jeder weiß – eine in Teilen durchaus problematische Jugendkultur. Die Erklärung ist einfach: Fehlende Teilhabe und viele Jugendliche, die sich nicht nur überflüssig vorkommen, sondern die überflüssig sind, weil sie praktisch so behandelt werden. Die lokale Bevölkerung profitiert in keiner Hinsicht von dem Boom der erneuerbaren Energien vor ihren Fenstern. Sie hat die höchsten Strompreise, die Betreiber und Investoren sind nicht aus der Region, die Arbeitsplätze entstehen woanders und die Einkommen fließen in andere Taschen. Seit zwei Jahren fließt wenigstens ein Teil der Gewerbesteuer an die Standorte der Windkraftanlagen, allerdings zahlen die Betreiber meist erst Gewerbesteuer, wenn die Kredite abbezahlt sind. Diese Art, die Energiewende umzusetzen, kann sozialökonomisch nur scheitern (vgl. Thie 2006).

Dass es auch anders geht, das zeigen Gemeinden wie Feldheim oder Zschadraß. Hier haben Kommunen, Gemeinden und Bürger gemeinsam neue regenerative Energiesysteme aufgebaut und die Bürger partizipieren – durch günstige Energiepreise, durch Anteile am Vermögen und den Gewinnen, durch

Arbeitsplätze und Erwerbseinkommen, durch Mitbestimmungsmöglichkeiten. In Zschadraß entscheidet ein Bürgerverein, was mit einem Teil der Gewinne geschieht: Sie werden für den Kindergarten, die Schulspeisung und die Sportvereine genutzt.

Die Energiewende ist nicht nur ein großes Experimentierfeld für Innovationen, Technologie und neue unternehmerische wie bürgerschaftliche Organisationsformen, auch die Modernisierung sozialer Teilhabe kann hier erprobt und neu erfunden werden. Der Transformationsprozess und auch ein neuer, überarbeiteter Wohlfahrtsstaat wird nicht das Ergebnis eines großen Masterplanes sein, wird nicht von Regierungen erdacht oder in Konferenzen vereinbart, sondern entsteht durch Evolution, durch viele Millionen kleine und große Experimente, deren Selektion und Rekombination erfolgen, die nicht ohne Fehler und Rückschläge ablaufen kann. Soziale Bewegungen, Kämpfe und Diskurse, Selbstorganisation sind das Feld, in dem diese Innovationen entstehen und Selektionen und Rekombination ablaufen. Offenheit, Lern- und Evolutionsfähigkeit sind überlebenswichtig.

Anmerkungen

- 1 Das fordistische Welthandelssystem basierte auf komparativen Vorteilen beim Austausch von Massenprodukten durch Herausbildung komplementärer Produktpaletten und entsprechend komplementärer Innovationsstrategien sowie restriktiver globaler Regulierung der Finanzmärkte entlang ihrer Funktionen für den realwirtschaftlichen Investitionsprozess. Eine hegemoniale US-Wirtschaft war Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit. Die verschiedenen Industrieländer konzentrierten sich auf jeweils besondere Funktionen im globalen Wirtschaftssystem; Deutschland z.B. entwickelte das Produktionsmodell eines „diversifizierten Qualitätsproduzenten“ für Produktionsmittel, Anlagen und Kraftfahrzeuge (vgl. Trischler 2007).
- 2 Lohnsteigerungen, die regelmäßig unter der Rate der Produktivitätssteigerung liegen, wie in Deutschland.

Literatur

- Barnes, Peter (2008): Kapitalismus 3.0. Hamburg, VSA.
- Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Huber, Joseph (2000): Industrielle Ökologie. Konsistenz, Effizienz und Suffizienz in zyklusanalytischer Betrachtung. In: Kreibich, Rolf; Simonis, Udo Ernst (Hg.): Global Change. Berlin: Verlag Arno Spitz, 2000. S. 109-126.
- Lovins, Armory B.; Lovins, L. Hunter; Weizsäcker, Ernst U. v. (1995): Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. München.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Zahn, Erich; Millig, Peter (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Rowohlt.
- Thie, Hans (2006): Potenziale einer nachhaltigen und selbst tragenden Entwicklung der Stadt Wittenberge und ihres Umlandes unter besonderer Berücksichtigung der energetischen und industriellen Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Konzeptstudie. www.thuenen-institut.de
- Trischler, Helmuth (2007): „Made in Germany“: Die Bundesrepublik als Wissensgesellschaft und Innovationssystem. In: Hertfelder, Thomas; Rödder, Andreas (2007): Modell Deutschland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Die folgenden Texte auch auf www.rla-texte.de:*
- Busch, Ulrich; Land, Rainer (2009a): Kapitel 4: Der Fordistische Teilhabekapitalismus als Regime sozioökonomischer Entwicklung und der Umbruch. Deutschland 1950 bis 2009. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch. Zweiter Bericht. Wiesbaden 2010: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Busch, Ulrich; Land, Rainer (2009b): Deutschland zwischen 1950 und 2009 – Wirtschaftsentwicklung und Teilhabe. (Der Teilhabekapitalismus und sein Ende, Entwurf Okt. 2009)
- Land, Rainer (2009a): Anhang 3: Ressourceneffizienz und die Grenzen des fordistischen Typs sozioökonomischer Entwicklung. Ebenda.
- Land, Rainer (2009b): Schumpeter und der New Deal. In Berliner Debatte Initial 20(2009)4, S. 49-61.
- Land, Rainer (2009c): Die globale Energiewende als neues Paradigma wirtschaftlicher Entwicklung und die politische Agenda von Barack Obama. In: In Berliner Debatte Initial 20(2009)2, S. 62-66.
- Land, Rainer (2010a): Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung. Teil I: Regime wirtschaftlicher Entwicklung. Teil II: Wachstumstypen, Indikatoren und Messprobleme. Eine Abhandlung.
- Land, Rainer (2010b): Moderner Sozialismus als sozioökonomische Evolutionstheorie. Langfassung auf www.rla-texte.de. Gekürzte und bearbeitete Fassung in Luxemburg, Heft 2/2010.
- Land, Rainer (2010c): Ökologische Wirtschaftsentwicklung und soziale Teilhabe. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 5/2010, S. 34-36. www.frankfurter-hefte.de
- Rainer Land (2010d): Staatssozialistische Planwirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung – Warum Planwirtschaft nicht innovativ sein kann. www.rainer-land-online.de
- Land, Rainer (1996): Staatssozialismus und Stalinismus. In: Lothar Biesky, Jochen Czerny, Hernert Mayer, Michael Schumann: Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Berlin: Dietz Verlag.
- Land, Rainer (1994): Ökosteuer oder Ökokapital? Versuch einer Antwort auf Fragen von André Gorz. In: Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation. Nr. 4/94, September 1994, Berlin, S. 3-12.
- Land, Rainer (1995): Irrwege und Auswege der Ökokapital-Debatte. In: Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation. Nr. 3/95, September 1995, Berlin, S. 3-10.

Autorenverzeichnis

Roland Benedikter, Dott. Dr. Dr. Dr.,
Soziologe; University of California, Santa Bar-
bara/ Visiting Scholar, Stanford University, The
European Center

Olaf Briese, Dr. PD,
Institut für Kulturwissenschaft, Humboldt-Uni-
versität zu Berlin

Wilhelm Brüggem, Dr.,
Psychotherapeut, Leiter des Berliner Instituts für
Psychotherapie und Psychoanalyse (BIPP)

Ulrich Busch, Dr. sc.,
Wirtschaftswissenschaftler, Berliner Debatte
Initial

Michael Eckardt, Dr.,
Medienwissenschaftler; Joernalistiek
Departement, Universiteit Stellenbosch, Südafri-
ka

Anette Freyberg-Inan, Prof. Dr.,
Politikwissenschaftlerin; Universität Amsterdam

Wladislaw Hedeler, Dr.,
Historiker; Berlin

Eva Koeppen, MA,
Philosophin und Literaturwissenschaftlerin;
Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtech-
nik, Potsdam

Raj Kollmorgen, Dr. PD,
Soziologe; Friedrich-Schiller-Universität Jena/
Otto-van-Guericke-Universität Magdeburg

Martin Krzywdzinski, Dr.,
Sozialwissenschaftler; Wissenschaftszentrum
Berlin für Sozialforschung

Rainer Land, Dr. sc.;
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler; Thü-
nen-Institut für Regionalentwicklung, Bollewik

Mariele Nientied, Dr. PD,
Philosophin, Europa-Universität Viadrina, Frank-
furt (Oder)

Ulrich Schachtschneider, Dipl.-Ing.,
Dr. rer. pol.; Energieberater, freier Autor, Bil-
dungsarbeiter; Gesprächskreis Nachhaltigkeit der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Alwine Schreiber-Martens, Dipl.-Mathematike-
rin; Jahnishausen

Christoph Strawe, Prof. Dr.,
Sozialwissenschaftler, Freie Hochschule Stuttgart

Robert Stock, M.A.,
Ethnologe, Centre for the Study of Culture,
Justus-Liebig-Universität Gießen

Sylvia Terpe, Dr.,
Soziologin; Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg

Hans Thie, Dr.,
Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler; Refe-
rent für Wirtschaftspolitik bei der Bundestags-
fraktion DIE LINKE

Mihai Varga, PhD,
Politikwissenschaftler; Max Weber Research Fel-
low am Europäischen Universitätsinstitut Florenz

Rudolf Witzke, M.A.,
Soziologe; Altenpfleger; Arbeitskreis Wirtschaft
Bündnis 90/ Grüne Heidelberg;

Berliner Debatte Initial 22 (2011) 3

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial** e.V., Vorsitzender Erhard Crome, Ehrenpräsident Peter Ruben. Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm, Birgit Glock, Cathleen Kantner, Ingrid Oswald, Rainer Land, Udo Tietz, Andreas Willisich, Rudolf Woderich

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-Dietrich Junghans, Raj Kollmorgen, Thomas Müller, Dag Tanneberg, Matthias Weinhold
Redaktionelle Mitarbeit: Jonas Frister, Robert Stock

Produktion: Rainer Land

Verantwortlicher Redakteur: Jan Wielgohs, für dieses Heft (V.i.S.P.): Erhard Crome

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Preise:

Einzelheft ab 2009: 15 €

Jahresabonnement: 39 €

Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* bestellen. Nachweis (Kopie) beilegen.

Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen Einzelhefte, Abos und pdf-Dateien im Webshop oder per Mail an: leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726, **Fax:** +49-39931-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 39 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 25 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

Berliner Debatte
Initial

PF 58 02 54

10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de
per Mail: leidenschaften@berlinerdebatte.de